

Verbesserungen verabschiedet

Meisterstück beim Meister-BAföG

Das war wahrlich meisterlich: Am Freitag hat der Deutsche Bundestag in dritter Lesung die berufliche Fortbildung gestärkt. Das sogenannte Meister-BAföG wurde erhöht, familienfreundlicher gestaltet und entbürokratisiert – eine Meisterleistung der CSU, die diese Verbesserungen für das Handwerk immer wieder gefordert hat.



Foto: picture alliance/ZB

172.000 Personen profitieren derzeit von dieser Ausbildungsförderung. Insbesondere im Handwerk ist der Meisterbrief die Basis für hohe Qualität. „Deutschland ist wirtschaftlich stark. Das liegt auch daran, dass wir ein starkes Berufsausbildungssystem haben“, resümierte Wolfgang Stefinger in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag.

Ab 1. August 2016 wird der Zuschuss zum Lebensunterhalt von 44 auf 50 Prozent erhöht und der Kreis der Leistungsberechtigten erweitert. So können künftig auch Bachelor-Absolventen gefördert werden. Außerdem wird das Angebot familienfreundlicher ausgestaltet, und Anträge können online gestellt werden.

Durch die Stärkung des Meister-BAföGs wird die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung betont – gerade um dem Fachkräftemangel zu begegnen, ist dies wichtig. Denn für 2020

wird prognostiziert, dass zwei Drittel eines Jahrgangs studieren und nur noch ein Drittel eine Ausbildung absolvieren werden. Rund 1,4 Millionen Fachkräfte im technischen Bereich würden dann fehlen. „Wir müssen weg von dem Bild, dass in erster Linie akademische Abschlüsse anzustreben sind“, so Stefinger. Nicht die Länder mit hohen Akademi-kerquoten würden über eine hohe Wirtschafts- und eine geringe Jugendarbeitslosigkeit verfügen, sondern Länder mit einem betrieblichen Ausbildungssystem, unterstrich der CSU-Politiker. Das Meister-BAföG nun zu stärken sei ein konsequenter Schritt, nachdem in dieser Legislaturperiode auch das BAföG für Schüler und Studenten reformiert wurde.

Die CSU-Landesgruppe hat bereits vor einem Jahr auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth einen Beschluss zur beruflichen Bildung gefasst. Am Freitag wurden die Verbesserungen nun im Bundestag verabschiedet.

**Berufliche
Bildung
gestärkt**



Liebe Leserinnen und Leser,

mit ihrer Einigung am vergangenen Wochenende haben die EU-Staaten den Weg frei gemacht für ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union. Auch Deutschland kann von den Ergebnissen des Gipfels profitieren. Pro Jahr bezahlt Deutschland Kindergeld an EU-Ausländer, deren Kinder gar nicht hier leben. Klar ist aber: die Lebenshaltungskosten für ein Kind sind in Deutschland höher als z.B. in Polen oder Rumänien. Das ist ein Nachteil für Kinder, die in Deutschland leben. Deshalb fordere ich seit meiner Wahl in den Bundestag, die Kindergeldzahlungen an EU-Ausländer an die Lebensverhältnisse vor Ort anzupassen. Bisher scheiterte das jedoch an der Europäischen Ebene und unserem Koalitionspartner SPD. Mit dem Gipfelbeschluss vom Wochenende hat sich die Situation jetzt geändert. Bundeskanzlerin und Bundesfamilienministerium haben Ihre Bereitschaft bereits signalisiert. Wichtig ist, dass die Regelungen jetzt zügig in deutsches Recht umgesetzt werden. Dafür setze ich mich weiterhin ein.

Daneben war die zurückliegende Sitzungswoche für mich erneut geprägt von der aktuellen Flüchtlingskrise und den Ereignissen in Clausnitz und Bautzen. Zu beiden Themen habe ich im Plenum gesprochen. Es ist völlig klar, dass die anhaltend hohen Zugangszahlen auf Dauer nicht tragbar sein werden und hier weitere Maßnahmen folgen müssen. Kritik an der aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik gehört zum politischen Diskurs und ist ein wichtiger Bestandteil unserer demokratischen Gesellschaft. Als Demokraten ist es jedoch auch unsere Aufgabe klar gegen Rassismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit einzutreten. Auf www.lindholz.de finden Sie beide Reden zum Nachlesen und als Video.

Andrea Lindholz MdB

Tabakproduktrichtlinie

Jugendliche schützen, Rechtssicherheit schaffen

Jährlich sterben 120.000 Menschen in Deutschland an den Folgen des Rauchens, die durchschnittliche Lebensdauer eines Rauchers verkürzt sich um zehn Jahre – das sind erschreckende Zahlen. Um diese Risiken zu verdeutlichen und den Gesundheitsschutz zu stärken, hat der Bundestag am Donnerstag das Gesetz zur Umsetzung der EU-Tabakproduktrichtlinie verabschiedet.

„Mein Ziel ist, dass die, die noch nicht begonnen haben mit dem Rauchen, nicht verführt werden“, machte Bundesminister Christian Schmidt vor dem Plenum deutlich. Das Rauchen verursache in Deutschland jedes Jahr Kosten in Höhe von 80 Milliarden Euro für das Gesundheitssystem. „Rauchen ist das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko in Deutschland und weltweit“, ergänzte die Sprecherin der CSU-Landesgruppe für Ernährung und Landwirtschaft, Marlene Mortler. Sie dankte Schmidt für den vorliegenden Entwurf. „Herausgekommen ist ein Gesetz, das nicht nur die Interessen der Wirtschaft wahrt, sondern den gesundheitlichen Verbraucherschutz stärkt.“

Das Gesetz schreibt vor, gesundheitsbezogene Warnhinweise und



Foto: picture alliance/empics

Schockfotos auf zwei Dritteln der Verpackungen abzubilden. Zigaretten und Tabakprodukte, die Geruchs- oder Geschmacksaromen enthalten, werden verboten. Erstmals sind auch Vorschriften für E-Zigaretten und E-Shishas vorgesehen. Die Herkunft von Tabakerzeugnissen kann künftig durch ein fälschungssicheres Sicher-

heitsmerkmal zurückverfolgt werden. Vor dem 20. Mai 2016 – das heißt, vor Inkrafttreten des Gesetzes – hergestellte Tabakerzeugnisse können noch bis Mai 2017 verkauft werden. Das erleichtert die technische Umstellung. „Wir setzen die Tabakproduktrichtlinie mit Sorgfalt und mit Augenmaß um“, so das Fazit des Ministers.

Diese Woche

Verbesserungen verabschiedet	
Meisterstück beim Meister-BAföG	1
Tabakproduktrichtlinie	
Jugendliche schützen, Rechtssicherheit schaffen	2
Nach dem EU-Gipfel	
Großbritanniens Referendum	2
Interview mit Gerda Hasselfeldt zur Flüchtlingspolitik	
„Wir reden also nicht nur, wir liefern auch“	3
Fachgespräch zu Biodiversität und Artenschutz	
Zwischen Landwirtschaft und Naturschutz	4
Pläne zur europäischen Einlagensicherung	
Keine Einlagensicherung zu Lasten deutscher Bankkunden	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: karpf kreativ

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Nach dem EU-Gipfel

Großbritanniens Referendum

Beim EU-Gipfel vergangene Woche wurden zahlreiche Neuregelungen vereinbart, die den Reformanliegen Großbritanniens entsprechen – darunter auch die Anpassung des Kindergeldes für EU-Ausländer. „Der Beschluss des EU-Gipfels ist CSU pur“, so Gerda Hasselfeldt.



Foto: picture alliance/winfried rothermel

„Ich begrüße die Vereinbarung des EU-Gipfels sehr. Die CSU fordert schon seit Jahren eine Beschränkung der Sozialleistungen und eine Reduzierung des Kindergeldes für EU-Ausländer. Wir haben das Thema in Deutschland auf die Tagesordnung gebracht“, stellte Hasselfeldt fest. Nun müsse Deutschland das Referendum in Großbritannien abwarten und dann zügig die Anpassung des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten am Wohnort des Kindes auf den Weg bringen, forderte die CSU-Landesgruppenvorsitzende. „Außerdem müssen wir prüfen, ob eine Reduzierung

des Anspruchs auf Sozialleistungen auch bei uns noch möglich ist. Das sind wichtige Schritte, um die Einwanderung in unsere Sozialsysteme zu verhindern“, so Hasselfeldt. Bei einem ungewöhnlich starken Zuzug von Einwanderern können Staaten künftig auch eine „Notbremse“ für weitere Sozialleistungen einsetzen. Zugewanderte EU-Bürger hätten so unter bestimmten Voraussetzungen erst nach bis zu vier Jahren Anspruch auf Sozialleistungen. Daneben wurde eine weitere Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und der Souveränität der nationalen Parlamente vereinbart.

Interview mit Gerda Hasselfeldt zur Flüchtlingspolitik

„Wir reden also nicht nur, wir liefern auch“

Das Asylpaket II ist verabschiedet. Der Deutsche Bundestag stimmte am Donnerstag mit großer Mehrheit für das Gesetzbündel sowie die erleichterte Ausweisung straffälliger Ausländer. Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, stellt im Interview fest: „Die Koalition ist handlungsfähig.“

Die Einschränkung des Familiennachzugs, schnellere Verfahren, bessere Registrierung: Vieles ist bereits erreicht worden. Was muss getan werden, damit die Bürger dies auch wahrnehmen?

Es stimmt, wir haben viel auf den Weg gebracht, das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder klarmachen. Ob das Asylpaket II mit schnelleren Verfahren, besonderen Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive, der Flüchtlingsausweis oder als Antwort auf Köln, das Gesetz zur erleichterten Ausweisung straffälliger Ausländer. Die Koalition ist handlungsfähig. Letzteres hat die CSU-Landesgruppe übrigens schon vor den Vorfällen in der Silvesternacht gefordert. Wir reden also nicht nur, wir liefern auch.

In dieser Woche wurde unter anderem das von Ihnen angesprochene Asylpaket II verabschiedet. Welche weiteren Maßnahmen sind jetzt noch nötig?

Der Bundesinnenminister will die Wohnsitzauflage für anerkannte Asylbewerber auf den Weg bringen. Auch dieser Vorschlag geht



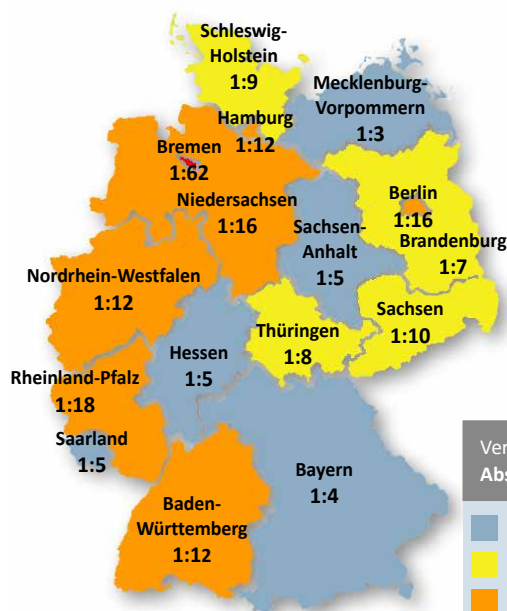
Foto: Henning Schacht - berlinpressphoto

auf die CSU-Landesgruppe zurück. Wir müssen eine Ghettobildung in Ballungsräumen unbedingt verhindern. Für sehr wichtig, um die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, halte ich die Einstufung sicherer Herkunftsländer. Hier steht die SPD aus falscher Rücksichtnahme auf die Grünen in den Bundesländern auf der Bremse. Dass die Einstufung sicherer Herkunftsländer schnell zu einer Reduzierung der Flüchtlingszahlen führt, zeigt das Beispiel westlicher Balkan: In der ersten Hälfte 2015 kamen fast die Hälfte der Flüchtlinge vom westlichen Balkan. Nachdem die Länder nun als sichere Herkunftsländer gelten, kommen so gut wie keine Flüchtlinge mehr von dort.

Der letzte Europäische Rat hatte zwar positive Signale, aber wenig Konkretes: Können wir auf Europa noch bauen?

Wir können die enorme Zahl an Flüchtlingen nicht alleine stemmen. Europa und die internationale Gemeinschaft sind gefordert. Europa ist derzeit allerdings in einem erbärmlichen Zustand. Es geht nur noch nach dem Motto: Rette sich, wer kann. Wenn Europa glaubwürdig bleiben will, müssen sich die Mitgliedstaaten endlich solidarisch zeigen, gemeinsam die Fluchtursachen bekämpfen, die EU-Außengrenzen verlässlich sichern und die Flüchtlinge fair verteilen. Wir unterstützen die Bundeskanzlerin bei all ihren Bemühungen auf europäischer Ebene. Der Sondergipfel Anfang März muss konkrete Ergebnisse liefern. Spielt Europa nicht mit, brauchen wir zusätzliche nationale Maßnahmen an der Grenze, wie zum Beispiel Transitzone und die Zurückweisung, wenn keine Papiere vorliegen. Das fordern wir seit Monaten.

Asylpolitik



Bayern weit vorn, Schlusslicht: Bremen

Bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber gibt es große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Damit die beschlossenen Verschärfungen wirken und die Zahl der Flüchtlinge spürbar reduziert wird, müssen die Gesetze konsequent umgesetzt werden. Die Grafik zeigt, dass aber vor allem rot-grüne Länder die geringsten Abschiebungsquoten haben.

Verhältnis
Abschiebungen zu Ausreisepflichtigen 2015

- 1:1 bis 1:5 (hohe Quote)
- 1:6 bis 1:10 (mittlere Quote)
- 1:11 bis 1:20 (mäßige Quote)
- Ab 1:20 (niedrige Quote)

Quelle: Rheinische Post - 11. Februar 2016



Was Gerda Hasselfeldt außerdem zur Radikalisierung sogenannter „besorgter Bürger“ sagt und warum Bayern die Herausforderung im Vergleich zu anderen Ländern gut meistert, lesen Sie im kompletten [Interview](#).

Einen Flyer zum Thema können Sie unter bab@cducsu.de bestellen oder hier [herunterladen](#).

Fachgespräch zu Biodiversität und Artenschutz

Zwischen Landwirtschaft und Naturschutz

Erfolgreicher Arten- und Biodiversitätsschutz gelingt nur im gesellschaftlichen Miteinander. Dies ist das Ergebnis eines Fachgesprächs der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Mittwoch in Berlin. Georg Nüßlein, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, machte klar: „Wenn wir wollen, dass unsere Landwirte noch mehr für den Artenschutz tun, dann müssen wir sie dabei auch unterstützen und entsprechende wirtschaftliche Anreize setzen.“

Daniel Wolf, der für das Bundesamt für Naturschutz den Artenschutz-Report 2015 koordiniert hat, präsentierte Besorgniserregende Befunde: Ein Drittel der auf Roten Listen erfassten Tier- und Pflanzenarten ist im Bestand gefährdet. Wolf forderte deshalb eine stärkere Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Heinz Litzbarski, Vorsitzender des Fördervereins Großtrappenschutz aus Brandenburg und aktiver Artenschützer, stellte in dem Fachgespräch fest: „Wir brauchen mehr Dauergrünland und weniger Grünlandumbruch, weniger Düngung und einen besseren Moorschutz.“ Außerdem sprach er sich für eine effektive Bejagung des Raubwildes aus, ohne die kein Artenschutz in der Agrarfläche möglich sei. Auch Christian Konrad, Bürgermeister der Stadt Leipheim in Schwaben und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Schwäbisches Donaumoos, stellte die Bedeutung des Moorschutzes für den Klimaschutz heraus: „Wenn wir hier erfolgreich sein wollen, brauchen wir die aktive Mitarbeit unserer Landwirte. Die kriegen wir aber nur, wenn wir sie für ihre gesellschaftliche Leistung angemessen honorieren.“ In der Diskussionsrunde unterstrich Hartwig Fischer, Präsident des deutschen Jagdverbandes, die Leistungen der Jagd für den Artenschutz. Clemens

Neumann, Abteilungsleiter aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium, sah im Vertragsnaturschutz ein vor Ort sehr gut funktionierendes Instrument.

Marie-Luise Dött, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU, sagte, die Veranstaltung habe viele Herausforderungen aufgezeigt, aber auch Erfolge verdeutlicht. Viele Nutzungskonflikte seien nicht mit einem „Entweder-oder“ zu lösen.

Pläne zur europäischen Einlagensicherung

Keine Einlagensicherung zu Lasten deutscher Bankkunden

„Nicht jetzt und nicht in dieser Reihenfolge“ – so die Botschaft des Bundestages an die EU-Kommission. Mit der Verabschiedung eines entsprechenden Antrags am Donnerstag wenden sich die Abgeordneten deutlich gegen die Pläne Brüssels, die nationalen Einlagensicherungssysteme in Europa zu vergemeinschaften.

„Die Bankenunion baut auf verschiedenen Elementen auf, die erst vollendet sein müssen“, stellte Alexander Radwan (CSU) in seiner Rede fest. Eine europäische Einlagensicherung könne hier nur der letzte Schritt sein. Zunächst müssten die bereits vereinbarten Regelungen wie die Schaffung nationaler Einlagensicherungssysteme in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden, so Radwan. Der Bundestag – so wird es im Antrag formuliert – erwartet deshalb von der EU-Kommission, dass eine vergemeinschaftete Sicherung von Spareinlagen zum jetzigen Zeitpunkt unterbleibt.

Der finanzpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Bartholomäus Kalb, machte deutlich: „Wir sind gegen das Vorhaben der Europäischen Kommission, Risiken im europäischen Bankensystem zu Lasten deutscher Sparer umzuverteilen“. Die Pläne der Kommission setzten falsche Pri-



Foto: picture alliance/westend61

oritäten, verursachten Fehlanreize und böten gegenüber den bereits geltenden Vorschriften zur Harmonisierung der nationalen Einlagensicherungssysteme keinerlei Mehrwert. „Im Gegenteil: Sie gefährden das Vertrauen der deutschen Sparer in die Sicherheit ihrer Sparguthaben und würden Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit ihren bewährten Sicherungssystemen zusätzlich belasten“, so Kalb.

Der Vorschlag der EU-Kommission sieht eine vollständige Vergemeinschaftung der Einlagensicherung bis 2024 vor. Das bedeutet konkret: Banken müssen in einen gemeinsamen Fonds einzahlen, aus dem die Kunden ausgezahlt werden sollen, wenn eine Bank in Schieflage gerät. Mit dem nun beschlossenen Antrag gibt der Bundestag eine offizielle Stellungnahme gegenüber der EU-Kommission ab, die diese nun beantworten muss.